

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Redaktion: E. G. Schönbart, Dresden.  
Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, L.-B., Dresden.  
Gebrüder Krumbö, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Sitzungen irgendwelcher Art, ist es durch ohne Gehalt höherer Gehalt, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten mit der täglichen Unter-  
stützungsbilanz: 1,20 M., halbjährlich 1,20 M., Einzelnummer 10 Pf.  
Zustellort: Dresden, Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Bettendorfer Str. 20, Dresden.  
Sprech-  
stunden nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsstelle: Bettendorfer Str. 20, Dresden.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 30 zum breiten Monatsheft  
1,20 M., die 90 zum breiten Monatsheft 2,00 M., für auswärtige  
Abnehmer 40 Pf., und 1,50 M. (Postgebühren, Steuern und Wirt-  
schaftssteuer 40 Pf., Abgabe für Preisüberlegung 10 Pf.)

Nr. 194

Dresden, Montag den 20. August 1928

39. Jahrg.

## Sozialdemokratie und Panzerkreuzer

Ein unbefriedigender Beschluß — Kein Austritt aus der Regierung

Der Parteiauschuß und die Reichstags-  
fraktion der Sozialdemokratischen Partei  
haben sich am Sonntagabend in ausführlicher Beratung mit der  
Panzerkreuzerangelegenheit beschäftigt. Beide  
Gremien nahmen in getragener Abstimmung mit  
großer Mehrheit unter Ablehnung aller anderen An-  
träge folgende Entschliessung an:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der  
sozialdemokratische Parteiauschuß treten dem am  
15. August gefassten Beschluß des Partei- und Fraktions-  
vorstandes über die Haltung der Reichsregierung an-  
gehenden Parteigenossen zu der Inangriffnahme des  
eigentlichen Baues des Panzerkreuzers A bei. Sie be-  
halten, daß die sozialdemokratischen Minister dem Be-  
schluß des Kabinetts unter Verzicht auf vorherige Be-  
ratung der Fraktion und des Parteiauschußes zugestimmt  
haben. Fraktion und Parteiauschuß halten die engste  
Zusammenarbeit zwischen ihnen und den der Regierung an-  
gehenden Genossen in allen politischen Fragen für eine  
unvermeidbare Notwendigkeit.“

Fraktion und Parteiauschuß halten die Beteiligung  
an der Regierung mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse  
der Arbeiterschaft für außerordentlich wichtig. Sie leiten  
dabei aus der Entscheidung des Kabinetts, die die Aus-  
scheidung eines vom Reichstag beschlossenen Gesetzes  
beruht, trotz ihrer grundsätzlich abweichenden Auffassung  
über den Gehalt des Panzerkreuzers nicht die Not-  
wendigkeit ab, unsere Genossen zum Austritt aus dem  
Kabinett aufzufordern.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich  
weiter mit der vom Reichstag im Juli gefassten Entschliessung  
über die allgemeine Verlängerung der Unterstützungsdauer  
in der Krisenfürsorge von 26 auf 30 Wochen befaßt. Sie  
erwartet bestimmt, daß dieser Beschluß alsbald aus-  
geführt wird.

Wir brauchen kaum erst zu sagen, daß uns dieser Be-  
schluß des Parteiauschußes und der Reichstagsfraktion nicht  
befriedigt. Da wir einen Artikel des Genossen Edel folgen  
lassen, der ausführlich auf diesen Beschluß eingeht, können  
wir uns auf einige wenige Bemerkungen beschränken. Der  
Genosse Edel, das Zentralorgan unserer Partei, über-  
trug seinen Artikel, in dem er den Beschluß der Partei-  
auschüsse zu rechtfertigen sucht, mit den Worten: „Seht  
den durch!“ Aber nicht nur das Verhalten unserer  
Minister in der Regierung, sondern auch die Stellung-  
nahme der Fraktion und des Parteiauschußes scheint uns  
wenig geeignet, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn wir es  
unseren bürgerlichen Gegnern so leicht machen wie in diesem  
Falle, brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, daß  
andere bürgerliche Partner in der Regierung und in der  
Koalition auf uns nicht allzuviel Rücksicht nehmen. Wir  
werden nur dann in der Koalition stark sein können, wenn  
die Gegner wissen, daß wir jederzeit zum Kampfe  
bereit sind.

Nach der Stellungnahme des größten Teiles der  
Reichspresse war vorauszusetzen, daß der Parteiauschuß  
und die Reichstagsfraktion es ablehnen würden, die sozial-  
demokratischen Minister aus der Regierung zurückzugeben,  
daß eine kaum wieder gutzumachende Sünde gegen die  
anderen Genossen, die draußen in den Betrieben die  
Leute der Partei führen müssen, bleibt es, daß die Reichs-  
stagsfraktion und der Parteiauschuß sich nicht einmal dazu  
entschlossen haben, im Reichstag eine Abstimmung  
über den Bau des Panzerkreuzers herbei-  
zuführen. Gerade die Arbeiter, um deren Seele unsere  
politischen Kämpfer kämpfen müssen, haben kein Verständnis für  
solche verfassungswidrigen Unterscheidungen. Wenn man  
schon vermeiden wollte, daß des Panzerkreuzers wegen  
eine Regierungskrise entstand, so müßte man wenigstens  
den Willen zeigen, daß man im übrigen das Aushalten  
wollte, um den Bau des Panzerkreuzers zu verhindern.  
Wenn im Reichstag ein Antrag, der die Unterbrechung  
des Panzerkreuzerbauwerks forderte, abgelehnt worden wäre,  
so wäre das doch eine starke Entlastung für unsere Vor-  
arbeiten und hätte unseren Genossen in den Betrieben  
ihre Arbeit wesentlich erleichtert. Es scheint uns, daß man  
in der Reichstagsfraktion und im Parteiaus-  
chuß nicht das nötige Verständnis dafür hat, in  
welcher Lage sich jetzt unsere Funktionäre befinden.

### Zwischenbilanz

Von Oskar Edel

Der Beschluß der Parteieinlagen ist für die Frage des  
Panzerkreuzers leider kein Begründnis. Die leidige Angelegenheit  
ist lebendig und wird es lange bleiben, erst recht, wenn die Partei  
die Lösungsweg wollte. Darum ist es nötig, selbst auf die Gefahr  
hin, daß für den dünnen Parteiklepper der Kommunisten noch etwas

mehr Bahrung abfallen sollte, die grundsätzliche Seite der möglichen  
Situation abzuklären, in die die Partei hineinandergeriet  
worden ist. Die Berliner Beschlüsse die Frage des Panzer-  
kreuzers nicht erledigt, so ist für die Partei kaum ein Ausweg  
und nicht viel mehr als der Ausdruck einer Verlegenheit. Sein  
bemerkenswerter Tadel an der formalen Seite der ministeriellen  
Anzahllosigkeit findet keine Ergänzung durch ein Werturteil in  
der Sache, und noch weniger verdrängt sich die Kritik zu Konse-  
quenzen, die in dem Austritt der parteigenösslichen Minister aus  
der Regierung gipfeln. Anträge, für die die ostfriesischen Ver-  
treter im Parteiauschuß stimmten — daß die Minister aus der  
Regierung ausscheiden, ein Parteitag gehört und der Reichstag zu  
dem Versuch einberufen werde, den Bau des Panzerkreuzers doch  
noch zu verhindern —, wurden abgelehnt. Ausweglosigkeit ist im  
Augenblick für die Partei fast zur Parole geworden: Ein Fehler  
ist gemacht, so urteilte die überwiegende Mehrheit der Partei-  
vertreter. Aber wie kann er revidiert werden? Die Situation ist  
für die Sozialdemokratie ungünstig für grundlegende inner-  
politische Änderungen. Einbruch der Koalition ist das Halb-  
jahr nicht die Zukunft. Aber solche Absicht ist auch grund-  
sätzlich keine von der Mehrheit der Genossen, die am Sonn-  
abend in Berlin beraten haben.

Einstimmig fast beurteilten die Parteieinlagen zwar die  
Form, in der die sozialdemokratischen Genossen der Reichsregie-  
rung die Partei durch ihre Zustimmung zum Bau eines Panzer-  
kreuzers geschädigt haben. Ist auch ein Beschluß, der ein sochisches  
Werturteil enthält, von der Mehrheit der Instanzen leider ver-  
hindert worden, so ist dennoch das Urteil gefällt. Selbst die, sagen  
wir, Unversöhnlichen in unserer Partei, die den Flottenbau im vollen,  
von der Entzweiung getriebenen Umfang bekämpften wollen — es  
gibt auch solche Genossen! —, wagen kaum, die Handlung der  
parteigenösslichen Minister zu verteidigen. Ausdrücklich wurde in  
den Beratungen des Parteiauschußes und der Reichstagsfraktion  
immer wieder betont: die Partei beharrt grundsätzlich auf ihrem  
Standpunkt, daß der Bau von militärisch wertlosen Panzerkreuzern  
verwerflich ist. Nur in einer bestimmten Zwangslage sei die Zu-  
stimmung zum Bau eines schon vom Reichstag bewilligten  
Schiffes gegeben worden, und zwar nur für eine Rate.

Aber, so war die Alternative: ist die Haltung der sozial-  
demokratischen Minister nur ein Betriebsunfall dieser Koalition,  
verhängnisvoll genug war und in seinen Folgen zu bedauern,  
aber doch nicht von symptomatischer Bedeutung? Oder hat die  
leidige Kreuzerfrage doch mehr als episodischen Wert? Liegt  
in ihrer Erledigung eingeschlossen schon das Urteil über die Ko-  
alition selbst?

Diesen Standpunkt vertreten wir!

Die Parteileitung steht zurück vor den Konsequenzen,  
die eine offene Beurteilung und Revision des Beschlusses der so-

zialdemokratischen Minister hätte. Dies ist die Schwäche der so-  
zialdemokratischen Position in der Gegenwart, in die sich mit un-  
gewöhnlicher Schnelligkeit die Stärke der am 20. Mai siegreichen  
Sozialdemokratie verwandelt.

Das ist für diejenigen Genossen kein Grund zur Be-  
wunderung, die feinerzeit, vor den Wahlen, auf dem Wiener  
Parteitag die Blankovollmacht für eine Koalition der Partei in  
einer tatsächlich günstigen Situation erteilten und die auf der  
Münchener Tagung des Parteiauschußes nach den Wahlen der  
Parteilisten einen bedingungslosen Eintritt der Sozialdemokratie  
in eine Koalition verweigern wollten. Nach der Auffassung dieser  
Genossen ist der Bau des Panzerkreuzers nur der logische Ausdruck  
einer bedingungslosen Koalitionspolitik. Nur eines bleibt dabei  
immerhin zu verwundern: daß, wäre ein Freispruchsschreiben veran-  
staltet worden für die nachhaltigste Diskreditierung des Koalitions-  
gedankens, Vertreter der Partei Sieger sein würden, deren Namen  
dafür einen zu guten Klang haben sollten.

Hermann Müller erklärte in Köln, daß er sich für eine Re-  
gierung der Geschäftigkeit einsetze, für eine Regierung, die möglichst  
bald die Arbeit aufnehmen würde. Auf dieser Auffassung erhebt sich nun, so  
scheint uns, ein politisches, aber auch ein psychologisches Problem.  
Die Verhandlungen, die zur Bildung der veränderten Großen  
Koalition, der Regierung der „Persönlichkeiten“ geführt haben,  
waren unendlich schwierig. Aber nicht die Sozialdemokratische  
Partei bestimmte über Deutschlands neuen Kurs. Das Primäre  
für die Partei war, daß sie regieren wollte — unbedingt! So  
ging die Handlungsfreiheit der Partei schon halb verloren, ehe noch  
von ihr Gebrauch gemacht worden war, so eben bewegen, weil  
biss nicht gefascht. Daraus entstand die groteske Situation, in der  
sich heute die Partei befindet.

Es waren, wenn wir recht unterrichtet sind, keine Prognosen  
der bürgerlichen Vertreter im Reichskabinett nötig, die Sozial-  
demokraten zur Zustimmung zum Kreuzerbau zu bewegen. Be-  
dingungslos stimmten die Ministergenossen der Ausführung einer  
finanziellen Flottenrüstung zu. Und sie ließen es — schlimmer noch!  
— nicht zu einer Kraftprobe kommen, weil diese nach der bisherigen  
Gegnerkraft auch der Demokraten zum Bau der geforderten  
Panzerkreuzer negativ ausfallen konnte. Das aber, so befürchteten  
wohl die sozialdemokratischen Reichsminister, würde die  
Spaltung der Koalition bedeuten und damit die Sozialdemokratie  
in eine ausweglose Situation bringen. Ausweglosigkeit als tat-  
sächliches Motiv mag allerdings manchem alten Funktionär der  
Partei mit Hebbels Resten Anton austreiben lassen: „Ich verleihe  
die Welt nicht mehr!“ Ich verleihe nicht, daß die Partei eine  
grundsätzlich erwünschte Mehrheit im Sinne der sozialistischen  
Wahlkampfpropaganda aus tatsächlichen Gründen fürchtet und  
daher darauf verzichtet, eine Mehrheit zu suchen.

Die Parteileitung glaubt jedoch, daß es sich lohnt, in der  
Regierung zu bleiben. Sie ist der Auffassung, daß es gelte, in der  
Regierung Macht auszuüben. Sie hofft, daß das künftig besser  
gelingen könnte als in den zurückliegenden Monaten, die nicht nur  
einen Betriebsunfall der Koalition aufwiesen. Die Unterhändler  
der Partei sehen schon die Schwierigkeiten im kommenden Herbst,  
wenn die gegenwärtige Regierung zu einer legalen Großen Ko-  
alition umgebildet werden soll. Enttäuschung herrscht bei vielen Ge-

## Der Kriegsächtungspakt

Feierliche Unterzeichnung in Paris

D. Berlin, 20. August. (Fig. Junkspruch.) Reichs-  
außenminister Dr. Stresemann ist am Sonntagabend  
nach Berlin zurückgekehrt. Stresemann wird am kommen-  
den Sonntag die Reise nach Paris antreten. Das  
Pariser Programm liegt nunmehr vollständig vor. Es ist  
so geordnet, daß die Konferenz der Alliierten Mächte nur dem  
feierlich-symbolischen Akt der Kriegsächtung gilt. Nach dem  
Austausch bedeutungsvoller Reden, die gewissermaßen auf  
eine Kommentierung der Unterschriften hinauslaufen, wird  
die Unterzeichnung selbst im Auswärtigen Amt am  
Quai d'Orsay vollzogen werden. Außerdem beabsichtigt die  
französische Regierung eine Reihe politischer Empfänge,  
die wiederum Gelegenheit zu Friedenskund-  
gebungen der Staatsmänner bieten würden. In diesem  
Rahmen sind nach einem Berliner Montagblatt von fran-  
zösischer Seite Erklärungen zu erwarten, die an-  
geblich mindestens indirekt eine weitere Entspan-  
nung zwischen den Völkern fordern sollen. Man  
würde in Paris im Rahmen dieser Empfänge bestimmt An-  
deutungen über die Bereitschaft zu einer baldigen weite-  
ren Räumung am Rhein machen und darum wie-  
derum die Grundlage für Räumungsverhandlungen in  
Genf geben.

Der Reichsaussenminister wird außer dem französischen  
Staatspräsidenten auch Poincaré persönlich seine Auf-  
wartung machen.

### Die Unterzeichner der Mächte

Paris, 18. August.

Die Liste derjenigen bevollmächtigten Staatsmänner be-  
stehen, die am 27. August in Paris den Kellogg-Pakt unter-

geben, die am 27. August in Paris den Kellogg-Pakt unter-

- Deutschland: Außenminister Dr. Stresemann,
- die Vereinigten Staaten: Kellogg,
- Belgien: Außenminister Dymans,
- Frankreich: Außenminister Briand,
- Großbritannien und Indien: Lord Curzon,
- Australien: Mackay,
- Schweiz: Sarrasin,
- Kanada: Mackenzie King,
- Neuseeland: Sir Parr,
- Irland: Gilligan,
- Japan: Ishida,

die Tschechoslowakei: Außenminister Dr. Benes.  
Von Polen und Italien liegen die Antworten noch nicht vor,  
doch erwartet man den polnischen Außenminister Jozefski und den  
italienischen Unterstaatssekretär Grandi.

### Englands Verantwortung in der Räumungsfrage

S. London, 20. August. (Fig. Junkspruch.) In einem Ar-  
tikel über die Räumung des Rheins betont das Organ der  
Arbeiterpartei Daily Herald, daß im gegenwärtigen Augen-  
blick ein großes Maß von Verantwortung auf der britischen Re-  
gierung ruhe. Großbritannien habe schon zu lange gesponsert  
und insbesondere in der Frage der Teilnahme der englischen  
Truppen an den französischen Mandat im Rheinland eine  
durchaus hebdomstliche Stellung eingenommen. Sollte die Rhein-  
räumung in Paris oder Genf gescheitert werden, so müsse  
England seinen ganzen Einfluß für Deutschland und  
gegen Frankreich ins Spiel werfen.